

DGB Bezirk Nord / SoVD SH / AWO SH

Gute Arbeitsbedingungen für alle

Adressat: Schleswig-Holsteinische Landesregierung

Antrag:

Das 32. Altenparlament möge beschließen:

Die Schleswig-Holsteinische Landesregierung wird aufgefordert sich im Rahmen einer Bundesratsinitiative bei der Ausgestaltung künftiger Arbeitsbedingungen für verbindliche soziale Rahmenbedingungen insbesondere dort einzusetzen, wo die Vorgaben von Industrie 4.0, künstlicher Intelligenz, Homeoffice o.ä. dominierend sind, um auch künftigen Generationen eine existenzsichernde und wertschätzende Rente zu sichern.

Begründung:

Landauf, landab, europa- und weltweit wird durch Industrie und Wirtschaft an einer Weiterentwicklung der Arbeitswelt durch z.B. Homeoffice, der Nutzung von künstlicher Intelligenz oder der Anwendung von Industrie 4.0 gearbeitet. Arbeitsprozesse sind dadurch in zahlreichen Branchen gravierenden Veränderungen und Umstrukturierungen ausgesetzt.

Durch entsprechende „Optimierungen“ besteht die Gefahr, dass qualifizierte Arbeitsplätze durch Computer im Zusammenspiel mit Robotern dominiert werden. Arbeitnehmerrechte könnten so durch Regelungen bei Homeoffice-Arbeitsplätzen und Gewerkschafts- und Betriebsratstätigkeiten durch Industrie 4.0 minimiert, wenn nicht zerschlagen werden.

Durch den Generationenvertrag ergibt sich eine enge Verzahnung zwischen den jetzigen und ehemaligen Arbeitnehmer*innen in Bezug auf Arbeitnehmerrechte, daseinsicherndem Lohn und wertschätzender Rente (KEINE Grundsicherung!).

Wir fordern von der Landesregierung deshalb den Einsatz für stringente gesetzliche Vorgaben im Zusammenhang mit den beschriebenen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen, um nicht ähnliche Auswüchse zuzulassen, wie wir sie z.B. bei der Leiharbeit und den Werksverträgen leidvoll erleben müssen.

Nur so kann der „Lebensstandard heute und morgen“ gesichert bzw. verbessert werden.

Die Antragskommission empfiehlt die gemeinsame Beratung der Anträge AP 32/20 und AP 32/21.